

1640 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Wirtschaftsausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 24. März 1977 betreffend
ein Übereinkommen von 1972 über die Internationalen Regeln
zur Verhütung von Zusammenstößen auf See samt Anlagen

Durch den vorliegenden Staatsvertrag werden die für den
Verkehr von Schiffen auf den Meeren geltenden Vorschriften,
die zuletzt im Internationalen Übereinkommen von 1960 zum Schutz
des menschlichen Lebens auf See niedergelegt wurden, auf den
neuesten Stand gebracht. Die wesentlichen Neuerungen gegen-
über der Seestraßenordnung des Übereinkommens von 1960 sind:

- a) flexiblere Regelung für den Kurshalter bei einer
Kollisionsgefahr,
- b) Einarbeitung der Radarempfehlung in die Regeln,
- c) Einführung einer Regel über das Verhalten von Fahr-
zeugen in Verkehrstrennungssystemen,
- d) Erhöhung der Tragweiten von Positionslichtern,
- e) Festlegung von technischen Einzelheiten für Positions-
laternen und Schallsignal-Anlagen,
- f) Konkretisierung des Begriffs "mäßige Geschwindigkeit",
- g) weitgehender Ausschluß von Backbordmanövern durch
Radarschiffe im Nebel, aber auch in kreuzenden Situa-
tionen bei klarem Wetter,
- h) Einführung einer Signalanlage zur optischen Anzeige
von Manövern,
- i) Neugliederung der "Regeln" und Übernahme des metrischen
Systems,
- j) Festlegung von Bagger- und Überholsignalen,
- k) Ausweichpflicht gegenüber einem aufgrund seines Tief-
gangs in seiner Manövrierfähigkeit behinderten Fahr-
zeug (große Tanker und Massengutschiffe),
- l) Klarstellung, daß die Ausweichregeln auch im Nebel
nach dem Sichten der Fahrzeuge gelten.

./.

- 2 -

Der Nationalrat hat anlässlich der Beschlussfassung im Gegenstand im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG beschlossen, daß dieser Staatsvertrag durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist.

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 29. März 1977 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Wirtschaftsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 24. März 1977 betreffend ein Übereinkommen von 1972 über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See samt Anlagen I bis IV, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1977 03 29

K o p p e n s t e i n e r
Berichterstatte

Dr. H e g e r
Obmann